

# Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium der Justiz

**Ihr Ansprechpartner**  
Dr. Alexander Melzer

**Durchwahl**  
Telefon +49 351 564 15011  
Telefax +49 351 564 16189

presse@  
smj.justiz.sachsen.de\*

01.03.2013

## Zukunftsweisende Zusammenarbeit zwischen Sachsen und Baden-Württemberg beim bargeldlosen Zahlungsverkehr

Als wichtiger Vertreter des Landes Baden-Württemberg tritt heute der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) der Bund-Länder Entwicklergemeinschaft für ePayment bei. In Anwesenheit von Justizstaatssekretär Dr. Wilfried Bernhardt, CIO des Freistaates Sachsen, und des Ministerialdirektors im Innenministerium des Landes Baden-Württemberg, Dr. Herbert O. Zinell, wird eine Verwaltungsvereinbarung zur sog. elektronischen Bezahlkomponente ePayBL(I) unterzeichnet. ePayBL ermöglicht es, kommunale und staatliche Leistungen online zu nutzen und zu bezahlen. Unterstützt werden alle gängigen Zahlungsverfahren, wie Überweisung, Lastschrift Kreditkarte oder Giropay.

Aus dem Beitritt des Zweckverbandes erwächst der Entwicklergemeinschaft eine breitere Basis, auf der auch die neuen Anforderungen (z. B. Umsetzung der SEPA-Richtlinie oder mobiles Bezahlen) erfolgreich umgesetzt werden können. Die Bezahlkomponente ePayBL besitzt Schnittstellen zu den wichtigsten Kassensystemen der Verwaltung. Damit können Zahlungsvorgänge automatisiert abgewickelt werden.

Dr. Wilfried Bernhardt, CIO des Freistaates Sachsen: „Ich freue mich, dass auch Baden-Württemberg dieser Entwicklergemeinschaft beitrifft, der damit bereits vier Mitglieder angehören. Damit sind wir erfolgreich an der Entwicklung dieser bundesweiten Spitzenlösung für standardisierte Internetzahlung in der öffentlichen Verwaltung beteiligt.“

In der Kooperation mit anderen Bundesländern sieht der Freistaat Sachsen eine hervorragende Möglichkeit, seine Ziele für eine zukunftsfähige Verwaltung effizient und effektiv zu erreichen: Die sächsische Verwaltung soll modern und zukunftsorientiert mit modernsten Informationstechnologien ausgestattet werden, um eine Vielzahl von Verwaltungsdienstleistungen

**Hausanschrift:**  
**Sächsisches Staatsministerium  
der Justiz**  
Hansastraße 4  
01097 Dresden

[www.justiz.sachsen.de/smj](http://www.justiz.sachsen.de/smj)

\* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf [www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html](http://www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html) vermerkten Voraussetzungen.

medienbruchfrei über das Internet Bürgern und Unternehmen zur Verfügung zu stellen.

Geschäftsführer William Schmitt:

Geschäftsführer William Schmitt (KIVBF) begrüßt die neuen Chancen für die Kommunen: „Der kommunale Datenverarbeitungsverbund kann mit ePayBL den baden-württembergischen Kommunen jetzt modernste Bezahlmöglichkeiten für Internet-Dienste zur Verfügung stellen.“

KIVBF betreut ePayBL für den kommunalen Datenverarbeitungsverbund. Die Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen Ulm (KIRU), die Kommunale Datenverarbeitung der Region Stuttgart (KDRS) und die Datenzentrale Baden-Württemberg profitieren so von dem Beitritt der KIVBF.

Ministerialdirektor Dr. Herbert O. Zinell:

Ministerialdirektor Dr. Herbert O. Zinell, Amtschef des Innenministeriums Baden-Württemberg, Landessystembeauftragter Baden-Württemberg, Vertreter der Länder im Nationalen Cyber Sicherheitsrat und Stv. Vorsitzender des IT-Planungsrats:

„Die Landesbehörden können die neuen Zahlungsmöglichkeiten den Bürgern anbieten, sobald sie dafür einen Bedarf sehen. KIVBF bereitet auch dem Land den Weg für diese Technik.

Baden-Württemberg kommt mit der Nutzung von ePayBL seinem Ziel, die Informationstechnik der Landesverwaltung zu standardisieren, weiter voran. Dass dabei auch mit der kommunalen Informationstechnik ein gemeinsamer, abgestimmter Weg beschritten wird, erhöht die Wirtschaftlichkeit. Dieses Vorgehen entspricht dem Leitgedanken der Koalitionsvereinbarung zum Thema E-Government.“

Die partnerschaftliche Entwicklung und einheitliche Nutzung von ePayBL entspricht den Zielen des IT-Planungsrats. Baden-Württemberg sieht in ePayBL einen Beleg dafür, dass im Rahmen des IT-Planungsrats und der Bund-Länder-Zusammenarbeit herausragende IT-Lösungen entstehen können. Mit dem Beitritt des Zweckverbandes wird die enge Kooperation beider Länder auf dem Gebiet des E-Government und der Informationstechnologie weiter vertieft.

---

(I) Der Entwicklungsgemeinschaft e-Payment gehören bislang Mitglieder des Bundes, des Freistaates Sachsen und der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) an. ePayBL steht hierbei als Synonym für e-Payment-Bund-Länder und ist eine gemeinsame Bezeichnung sowohl für die Software als auch die Entwicklungsgemeinschaft.